

Antrag für die KV am 4.11.2023:

Zur Aufnahme von Geflüchteten in einer geplanten Landeseinrichtung in Gummersbach

Die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen in zentralen Aufnahmeeinrichtungen des Landes ist in der Umsetzung des humanitären Rechts auf Asyl gesetzlich geregelt. Nach Einleitung des Antragsverfahrens werden alle finanziellen Lasten, die Organisation von Betreuung und Sicherheit in den Einrichtungen und im Umfeld durch das Land getragen.

Eine erhöhte Kriminalitätsrate durch Geflüchtete ist nach den Veröffentlichungen der Bezirksregierung Köln nicht feststellbar, derartige Behauptungen werden aber regelmäßig zur Bestärkung populistischer Vorurteile verbreitet. Diesen Stigmatisierungen und herabsetzenden Bewertungen müssen wir aktiv entgegenwirken, Geflüchtete und Asylbegehrende dürfen nicht auf diese Weise diskriminiert werden. Neben dem rechtsstaatlichen Asylverfahren müssen die Grundrechte der Hilfesuchenden genauso wie die Beachtung geltender Gesetze gewährleistet werden.

Die in den letzten Tagen mehrfach von Kommunalpolitiker:innen aufgestellte Behauptung, der soziale Frieden sei durch Flüchtlingsunterkünften gefährdet und könne auch bislang nur unter maximalem Aufwand gewahrt werden, entbehrt in Oberberg bislang jeglichen Nachweises. Solche Äußerungen zielen allein auf eine öffentliche Wirkung ab.

Alle Verantwortlichen fordern wir zu einem sachlichen Diskurs mit der Landesregierung und zur Klärung offener Fragen bei der Flüchtlingsunterbringung auf. Oberberg hat seit jeher mit viel Engagement von Verwaltungen und Zivilbevölkerung in der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten viel geleistet. Wir leben im Bundesland mit dem fortschrittlichsten Integrations- und Teilhabegesetz in Deutschland, das nach jahrelanger Zusammenarbeit mit 146 Organisationen der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verabschiedet wurde. NRW als größtes Bundesland wurde "auf vielen Kulturen errichtet". Das sind wichtige Zeichen, die auch zum Gelingen der Aufnahme- und Integrationspolitik beitragen. Wir erwarten, dass die sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht nur für Geflüchtete, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen anerkannt und angegangen werden. Wegschauen und auf andere verweisen ist keine Option. Wir leben in einem vielfältigen Kreis und sind eingebunden in die nationale und europäische Flüchtlingspolitik. Diese humanitären Grundsätze gilt es zu verteidigen.

1.11.2023 Ralph Krolewski